

QUARTALSBERICHT

Projektland: PERU

Quartal/Jahr: III/2011

Schlagzeilen:

Verabschiedung des Gesetzes der Vorabkonsultation der Indigenen Völker

Kommission untersucht Korruptionsfälle der letzten Regierung von Alan García

Hohe Zustimmung für die Regierung Humala

Verabschiedung des Gesetzes der Vorabkonsultation der Indigenen Völker

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Vorabkonsultation der Indigenen Völker („Ley del Derecho a una Consulta Previa a los Pueblos Indígenas y Originarios“) beendet Perus Präsident Ollanta Humala im September 2011 ein jahrelanges Ringen um das Recht der indigenen Bevölkerung Perus. Das Gesetz wurde einstimmig vom peruanischen Kongress verabschiedet. Laut Gesetz müssen Indigene Völker zukünftig konsultiert werden, wenn deren Territorien bei Entscheidungen von Projekten (z.B. im Bereich des Bergbaus und Erdölförderung) betroffen sind, so wie es der Artikel 6.1 der ILO-Konvention 169 (ILO = International Labour Organisation; Internationale Arbeiterorganisation) vorsieht. Die ILO-Konvention 169 und die im September 2007 von den Vereinten Nationen verabschiedete „Deklaration der Rechte Indigener Völker“ sind der Rahmen für die Formulierung der Rechte Indigener Völker in den Unterzeichnerstaaten. Darin werden zum Beispiel die Kollektivrechte, indigene Rechtssysteme, Rechte auf Territorien und Ressourcen anerkannt und der Staat verpflichtet, entsprechende Maßnahmen und Politiken einzuleiten.

Diese Verabschiedung war längst überfällig, da Peru bereits vor 16 Jahren die Richtlinien der Internationalen Arbeiterorganisation (ILO) ratifiziert hatte, die Vorabkonsultation der Indigenen Völker jedoch nicht angewandt hatte. Dies führte in den letzten Jahren immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, die im Jahr 2009 in den Protesten in Bagua mit 34 Toten kulminierte (Details siehe HSS-Quartalsbericht April bis Juni 2009).

Zeitgleich stellte die Stiftung mit ihrem Projektpartner Instituto de Defensa Legal (IDL) am 7. September 2011 in Lima Publikationen zur Vorabkonsultation der Indigenen Völker vor. Die Handbücher wurden für 3 verschiedene Zielgruppen

konzipiert: Für Vertreter des Justizsektors, der Landbevölkerung und für Journalisten. Für die jeweilige Zielgruppe wurde ein adäquater Sprachstil gewählt.

Gemeinsam tragen die Hanns-Seidel-Stiftung und der Projektpartner Instituto de Defensa Legal (IDL) zur Sensibilisierungsarbeit der Thematik der „Vorabkonsultation der Indigenen Völker“ bei. Die Stiftung führt ein Projekt zur „Ausbildung von Repräsentanten der lokalen und regionalen Regierung, der Justiz und der Zivilgesellschaft im Bereich Umweltrecht und der Vorabkonsultation“ durch. Ziel des Projektes ist es, Vertreter der Regierung, der Justiz und der Zivilgesellschaft über die derzeit gültige Rechtslage im Umweltbereich und der Vorabkonsultation der indigenen Völker fortzubilden. Dadurch sollen Wissensdefizite über die Gültigkeit und Grenzen des nationalen Rechts und internationaler Konventionen abgebaut und der innergesellschaftliche Frieden in Peru gestärkt werden.

Ende September stellte der Exekutivsekretär des Interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte (CIDH = Corte Interamericana de Derechos Humanos), Dr. Santiago Cantón, in verschiedenen Städten Perus den Bericht des CIDH bezüglich der Rechte der Indigenen Völker vor, der anfangs des Jahres publiziert wurde. Die Stiftung finanzierte die Präsentation des Berichtes in verschiedenen Städten Perus und wurde organisatorisch durch den Projektpartner Instituto de Defensa Legal (IDL) unterstützt. Im Rahmen des Austausches mit verschiedenen Zielgruppen betonte Dr. Cantón nochmals die Bedeutsamkeit der Implementierung der Vorabkonsultation der Indigenen Völker, nachdem das Gesetz nun von peruanischer Seite verabschiedet wurde.

Die Verabschiedung des Gesetzes ist somit auch ein Erfolg für die Arbeit der Stiftung, da sie mit der Unterstützung dieser Thematik zur sozialen Inklusion beiträgt.

Mit der Verabschiedung der Vorabkonsultation der Indigenen Völker alleine ist es aber nicht getan. Wichtig ist, dass ein Dialog zwischen dem Staat und den Indigenen Völkern institutionalisiert und die Bevölkerung wirklich beteiligt wird. Ferner muss genau spezifiziert werden, wie die Vorabkonsultation gemäß der ILO in der Praxis funktioniert und welche Instanzen involviert werden müssen. Peru ist das Andenland mit der schwächsten indigenen politischen Repräsentanz im Staat, so dass es für den innergesellschaftlichen Frieden Perus umso wichtiger ist, die Repräsentanten von indigenen Gemeinschaften in einen dauerhaften Dialogprozess zu involvieren, um die bisher marginalisierte Bevölkerung aktiv mit einzubeziehen. Dies ist ein wichtiger Schritt der sozialen Inklusion, da noch der Amtsvorgänger von Humala, Alan García, die Indigenen offiziell als Bürger zweiter Klasse stigmatisierte. Die bisherige Marginalisierung der Indigenen Völker herrscht noch in vielen Köpfen von Funktionären vor, so dass auch diese zukünftig verstärkt sensibilisiert werden müssen. Im Besonderen gilt es für den bevorstehenden interkulturellen Dialog viele Staatsbedienstete über die Weltbilder der mehr als 40 verschiedenen Ethnien in Peru aufzuklären. Die Weltbilder der indigenen Völker haben Auswirkungen auf die Weise, wie sie mit

ihrer Umwelt umgehen. Indigene Völker kennen traditionellerweise keine individuellen Landrechte, sondern nur kollektive: Das Land gehört der Gemeinschaft. Die indigene Definition von Territorium steht dabei in einem ökologischen und kulturellen Zusammenhang, der den traditionellen und gemeinschaftlichen Umgang der indigenen Völker mit ihrem Land hervorhebt. Ein westliches Konzept von Natur ist einem indigenen Weltbild fern: Eine Trennung in Bodenoberfläche und unterirdische Bodenschätze, wie sie dem staatlichen Zugriff auf die Bodenschätze zu Grund liegt, entspricht den indigenen Konzepten ebenso wenig.

Peru war in den letzten Jahren von internationaler Seite und den Vereinten Nationen oft dafür gerügt worden, dass es die Vorabkonsultation nicht anwende, obwohl es die ILO-Konvention 169 ratifiziert hatte. Der peruanische Umweltminister, Ricardo Giesecke Sara Lafosse, betonte, dass die Implementation der Vorabkonsultation zukünftig auch der Konfliktprävention diene. Aufgrund von mangelnder Prävention von Sozialkonflikten sind in der letzten Regierung Alan Garcías 191 Personen (153 Privatpersonen und 38 Personen des Militärs) gestorben. Im Juli 2011 gab es 214 Sozialkonflikte, davon mehr als die Hälfte im Umweltbereich, die die Regierung Alan García der nächsten Regierung hinterlässt. Die Verabschiedung des Gesetzes der Vorabkonsultation ist ein wichtiges Zeichen, dass die Regierung Humalas die Soziale Inklusion auch wirklich umsetzen möchte. Der Amtsvorgänger von Humala, Alan García, hatte den Gesetzesvorschlag zur Vorabkonsultation der Völker im Jahr 2010 wieder mit der Bitte um Korrekturen an den Kongress zurückgegeben.

Kommission untersucht hohe Anzahl der Vergabe von Aufträgen ohne öffentliche Ausschreibung während der Regierung von Alan García

Der Ex-Präsident Alan García unterstützt eine Untersuchungskommission, die die Korruptionsfälle während seiner Regierungszeit aufklären soll. Einem Bericht zufolge wurden 2.457 Aufträge erteilt, ohne dass eine öffentliche Ausschreibung durchgeführt wurde. Bereits im zweiten Amtsjahr von Alan García, im Jahr 2007, stieg die Anzahl der unrechtmäßigen Aufträge enorm an. Für die Auftragserteilung sollen 374 Dekrete untersucht werden, die während der Regierung Alan Garcías angeblich aus Zeitdruck erlassen wurden, um eine rechtmäßige Ausschreibung zu umgehen. Bei der Vergabe der Konzession der Abwasserbehandlungsanlage Taboada sollen Bestechungsgelder gezahlt worden sein. Ferner wurden Mittel zweckentfremdet wie z.B. ca. 5 Millionen Euro für den Umbau des Fußballstadions in Lima, die eigentlich für Bildungseinrichtungen vorgesehen waren. Gemäß dem Bericht sollen mehr als 10.000 Korruptionsfälle von peruanischen Staatsdienern realisiert worden sein. Alan García korrigierte, indem er angab, dass von dieser Zahl 8.000 Personen der Lokal- und Regionalregierung angehörten. Zwischen Januar 2009 und Juli 2011 verlor Peru aufgrund von Korruptionsfällen nach neusten Angaben ca. 17 Millionen Euro.

Regierung Humala

Bei einer Meinungsumfrage befürworteten 65 Prozent der Peruaner den bisherigen Regierungsstil Humalas. Als Gründe wurden genannt, dass er bisher seine

Wahlversprechen einhielte und die soziale Inklusion fördere. Anerkennung hat er auch von internationaler Seite für die Verabschiedung des Gesetzes zur Vorabkonsultation der Indigenen Völker erhalten. Unter der Regierung Humala wurde nun das Ministerium der sozialen Inklusion gegründet, das die 26 Sozialprogramme des peruanischen Staates in einem Ministerium bündelt. Einen weiteren wichtiger Punkt bildet die Bekämpfung der Korruption. Während seines Besuches in den USA stellte Humala sein neues Regierungskonzept vor, das die wirtschaftliche Entwicklung unter Berücksichtigung der sozialen Inklusion beinhaltet. In den USA traf Humala u.a. mit Vertretern der Vereinten Nationen, der Weltbank und der Präsidentin Brasiliens, Dilma Rousseff, zusammen.

Vorsicht ist jedoch auch bei den Kongressabgeordneten des neuen Parlaments geboten, da in dem neuen Kabinett einige Parlamentarier vertreten sind, deren privates Engagement sie für Entscheidungen in der jeweiligen Kommission befangen macht. Die derzeitige Regierungspartei „Gana Perú“ untersucht die Vorwürfe gegen den Kongressabgeordneten Amado Romero aus der Kommission „Energie und Bergbau“, dem Verbindungen zum illegalen Bergbau in der Region Madre de Dios nachgesagt wird. Diese Region ist von den verheerenden Umwelteinflüssen des illegalen Bergbaus stark beeinträchtigt.

Lima, den 4. Oktober 2011

Bettina von Dungen

Die Autorin ist Auslandsmitarbeiterin der Hanns-Seidel-Stiftung in Lima, Peru.

IMPRESSUM

Erstellt: 04.10.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h., Hon.-Prof.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de